

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

7. Jahrgang 1959

2. Heft/April

WALDEMAR BESSON

FRIEDRICH MEINECKE UND DIE WEIMARER REPUBLIK

Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik¹

Unser Thema stellt eine doppelte Frage. Einmal will es anregen, den Wirkungen nachzuspüren, die das politische Erlebnis der Weimarer Republik, ihre Vorgeschichte, ihr Verlauf und ihr schließliches Scheitern, auf das wissenschaftliche Werk des Historikers Friedrich Meinecke gehabt hat. Damit wird zugleich an ein methodisches Grundproblem der Geschichtswissenschaft gerührt, insoweit als offenbar politische Erfahrung die Sehweise des Historikers und die Art seiner Fragestellungen zu bestimmen vermag. Da die historische Erkenntnis nur perspektivisch ihren Gegenstand erfassen kann, sind auch alle die Faktoren unmittelbar für das Ergebnis konstituierend, die es, wie die eigene politische Erfahrung, in der Perspektive des Historikers vorformen.

Doch das Thema ist noch nicht ausgeschöpft, wenn man sich darauf beschränkt, Art und Grad der Bestimmtheit der Meineckeschen Geschichtsschreibung durch die Politik zu untersuchen. Man muß die Fronten auch umkehren. Hat nicht ebenso die Anschauung des Historikers den politischen Kommentar gefärbt und beeinflußt, mit dem der Publizist Friedrich Meinecke das Geschick der Weimarer Demokratie begleitet hat?² Auch von dieser Seite der Frage her ergeben sich Ausichten auf allgemeinere Probleme der Geschichtswissenschaft. Gilt der alte Spruch noch: *Historia vitae magistra*? Hat Droysen recht, wenn er in seiner *Historik* die Geschichte als die beste Vorbereitung auf die Politik und den Staatsmann als den praktischen Historiker bezeichnet?³ Oder muß man nicht mit Nietzsche vom Nachteil der Historie für das Leben reden: „Wer sich nicht auf der Schwelle des Augenblicks, alle Vergangenheiten vergessend, niederlassen kann, wer nicht auf einem Punkte wie eine Siegesgöttin ohne Schwindel und Furcht zu stehen vermag, der

¹ Öffentliche Antrittsvorlesung an der Universität Tübingen (14. November 1958).

² Meineckes politische Kommentare in Form von Zeitungsartikeln und Vorträgen liegen jetzt gesammelt vor: Friedrich Meinecke, *Politische Schriften und Reden*. Hrsg. und eingeleitet von Georg Kotowski. (Friedrich Meinecke, *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Darmstadt 1958). Der folgenden Skizze der politischen Entwicklung Meineckes sind diese Sammlung sowie die beiden Erinnerungsbücher „*Erlebtes 1862–1901*“ (Leipzig 1941) und „*Straßburg, Freiburg, Berlin 1901–1929*“ zugrundegelegt.

³ Johann Gustav Droysen, *Historik*. Hrsg. von Rudolf Büchner. 3. Auflage, München 1957, S. 365.

wird nie wissen, was Glück ist, und noch schlimmer: er wird nie etwas tun, was andre glücklich macht⁴.“

Gerade unter Beachtung des doppelten Bezugs unseres Themas gibt schon der Eintritt Meineckes in die Politik der Interpretation eigentümliche Schwierigkeiten auf. Meinecke war 1910 gebeten worden, für eine Zeitungskorrespondenz irgendeinen Beitrag, sei er politischen oder unpolitischen Inhalts, zur Verfügung zu stellen⁵. Er entsprach dieser Aufforderung durch einen Angriff auf die neue Linie der Reichspolitik, die nach dem Rücktritt Bülow's in Bethmann Hollweg einer „schwarz-blauen“ Richtung, einer Verbindung des Zentrums mit den Konservativen, zu folgen schien. Er bedauerte, daß mit dem Ende der liberal-konservativen Paarung des Bülow-Blocks die Chance verpaßt war, die Konservativen mittelparteilich gestimmt zu machen, sie zur Anerkennung der sozialreformerischen Bedürfnisse zu bringen und gleichzeitig den Linksliberalismus mehr nach rechts zur Bejahung der nationalen Machtbedürfnisse zu führen.

Diese Motivierung der Kritik am Abbruch der Bülow'schen Blockpolitik weist auf den eigentlichen Antrieb dieser ersten ausdrücklichen politischen Meinungsäußerung hin. Er entstammte der Sorge Meineckes, die machtpolitische Substanz des deutschen Nationalstaates werde sich durch die scharfen sozialen Spannungen des Kaiserreichs vermindern. Schon Ende der 90er Jahre hatte Meinecke begonnen, dem konservativen Grundgefühl seiner Jugend zu mißtrauen. Er war unter den Einfluß Friedrich Naumanns geraten und hatte während der Straßburger und Freiburger Jahre im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts eine lebendige Berührung mit dem süddeutschen Liberalismus erfahren. Immer deutlicher hatte er das Mißverhältnis bemerkt, das zwischen den Aufgaben, die sich aus Deutschlands Weltlage, aus der imperialistischen Idee, ergaben, und der aus konservativer Parteistimmung heraus beibehaltenen reaktionären Innenpolitik entstanden war. „Die höchste aller Staatsnotwendigkeiten“, so schrieb Meinecke nun 1910⁶, „ist heute die Zusammenfassung der Nation zur Abwehr der Gefahren, die ihr aus ihrer Weltlage und zugleich aus ihren eigensten und kräftigsten Lebenstrieben drohen.“ Und er fuhr fort: „In diesem Sinne hat allerdings die innere Politik ihr Gesetz zu empfangen von der auswärtigen Politik, die heute mehr als je in der Wahrung der großen Lebens- und Zukunftsinteressen der Nation kulminiert. Gelingt es nicht, die ganze Stoßkraft der Nation und aller ihrer Schichten zu vereinigen und die inneren Spaltungen, die sie bedrohen, zu überwinden, so werden wir innerlich schwach am Tage der Entscheidung dastehen. Die heutige innere Politik der Konservativen aber, die auf einen mit den Waffen des Polizeistaates geführten latenten Bürgerkrieg gegen die Sozialdemokratie hinausläuft, zerreißt uns, statt uns zu verbinden.“

⁴ Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*. Aus dem Nachlaß 1873–1875, Bd. 2, Leipzig 1922, S. 109.

⁵ Friedrich Meinecke, *Straßburg*, S. 126.

⁶ Meinecke, *Politische Schriften*, S. 40f.

Meinecke hatte das unterirdische Beben registriert, das den nach außen so kräftigen Schritt des deutschen Kaiserreiches begleitete. Seine Forderung nach innerer Reform kam demnach nicht aus primär demokratischen Überzeugungen. Sie entstammte vielmehr einem nachdrücklichen Bekenntnis zur nationalen Größe, deren Voraussetzung die innere Stabilität war⁷. Es ist auch nicht ein prinzipienhafter Liberalismus, der sich hier äußert, sondern ein zweckhafter, dem es zuerst und zuletzt in der nationalliberalen Tradition um die Sicherung des deutschen Nationalstaats ging. Was in der Äußerung von 1910 uns als Vorbote des späteren Eintretens für den Weimarer Kompromiß nahe berührt, daß es nämlich not tue, ein Ventil für den Klassenkampf zu schaffen, war in erster Linie national, nicht etwa sozial motiviert.

Es ist höchst auffällig, daß der fast 50jährige erfolgreiche Gelehrte diesen vielbeachteten Schritt in die politische Öffentlichkeit tat. Zumal der eine Schritt bald andere nach sich zog. Anfang 1912 finden wir Meinecke im Reichstagswahlkampf auf das tatkräftigste beteiligt. Dieser endete in Freiburg mit dem Siege des Naumannianers Schulze-Gävernitz, der dem Zentrum den Wahlkreis wegzunehmen vermochte. Im Mai 1912 reiste Meinecke nach Berlin, um als Freiburger Delegierter am nationalliberalen Parteitag teilzunehmen, auf dem die zukünftige Richtung des politischen Liberalismus wieder einmal zur Diskussion stand. Nationalliberal oder altliberal? so fragte Meinecke in mehreren Zeitungsartikeln. Orientierung an der „Wucht der unmittelbaren Lebensinteressen“⁸ oder „bürgerliche Hilfstuppe der Konservativen und Anhang der westfälischen Großindustriellen“⁹?, das war in seinen Augen die entscheidende Frage für die Nationalliberalen.

Diese politische Aktivität ist noch überraschender angesichts der geringen Affinität, die Meinecke als Person dem aktiv Politischen gegenüber besaß. Über die Gabe des freien Worts verfügte er nicht. Jede Robustheit für das politische Geschäft ging ihm ab. Am ehesten noch lag ihm die Form des politischen Leitartikels, dem dann auch in der Folge der größte Teil seiner öffentlichen Wirksamkeit galt. Wenn der Fünfzigjährige trotzdem politische Schritte wagte gegen alle seitherige Lebensart und Lebensgestaltung, so waren sie der eigenen Natur abgerungen und beruhten auf einer im wesentlichen sittlichen Erwägung. Daß dabei auch Spontaneität im Spiele war, indem Meinecke der Erregung und Betroffenheit des Augenblicks folgte, der das Kaiserreich am Scheideweg sah, hat er selbst ausdrücklich bezeugt. Das Verhalten des Kaisers in der Daily-Telegraph-Affäre gab den Anstoß. Es brach damals unter den Freiburger Freunden aus ihm heraus, „der Kaiser ist unser Unglück“ und sogleich danach die Frage: Was können wir tun?

Dabei ist für unser Thema festzuhalten, daß diese engere Berührung mit der Tagespolitik und das Eintreten in sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Historiker sich weit vom Vordergrund des politischen Getümmels entfernt hatte.

⁷ So auch Georg Kotowski, *Parlamentarismus und Demokratie im Urteil Friedrich Meineckes* (Festgabe für Hans Herzfeld), Berlin 1958, S. 190 f.

⁸ Meinecke, *Politische Schriften*, S. 63.

⁹ Ebd., S. 59.

Was sich schon im Erstlingswerk, der zweibändigen Biographie des Generals Boyen, angedeutet hatte, wurde zum meisterlich gehandhabten Gestaltungsprinzip in „Weltbürgertum und Nationalstaat“, das kurz vor der Daily-Telegraph-Affäre erschien. Den Historiker Meinecke faszinierte zunehmend, wie er es selbst ausdrückte, die „Spiegelung der Essenz des Geschehens in Geistern, die auf das Essentielle des Lebens gerichtet sind“. Suchte er doch „den Tropfen Rosenöl, der aus Hunderten von Rosen gewonnen wird“¹⁰.

Dieser ideengeschichtliche oder essentielle Zug in Meineckes Geschichtsschreibung hatte sich zunächst auf einem identitätsphilosophischen Fundament ausgebildet, das Walther Hofer im einzelnen analysiert hat¹¹. Dem subjektiven Zustand eines harmonischen und optimistischen Lebensgefühls entsprach als genaues objektives Korrelat ein harmonischer Weltbegriff. Man wird diese für die deutsche Geistigkeit der Jahrhundertwende charakteristische Dominante eines objektiven, den Gegensatz von Idee und Wirklichkeit auflösenden Idealismus leicht in der These von Weltbürgertum und Nationalstaat wiedererkennen. Daß sich das Nationale im Laufe des 19. Jahrhunderts aus dem Weltbürgerlichen gelöst hatte, erschien als Befreiungstat, als Erwachen des Nationalstaates zu seiner eigenen Individualität. Aber diese neue mächtige Gestalt des Nationalstaats, die nun die Geschichte der Menschen bestimmte, schritt doch noch auf dem Goldgrund der Idee dahin. Sie folgte, indem sie sich aus weltbürgerlichen Bindungen löste, nicht einfach egoistischen Machttrieben. Der Nationalstaat erfüllte vielmehr in seiner Selbstentfaltung ein universales Gebot und blieb eben dadurch eingehüllt in einen „unfaßbaren Lebenshauch“¹². Es war geistdurchwirkte Macht, was da dahinschritt. Es war, wie man deutlich empfindet, der Strom der Zeit in seinem Drängen nach Deckung von Geist und Macht, der hier den Historiker mit sich führte und der in ihm Gestalt annahm.

Was diesem geschichtlichen Bild von der Befreiung zum Nationalen an politischen Kategorien zugrundeliegt, folgt unmittelbar aus den ideellen Prämissen. Es ist die Sicherheit der Bismarckschen Erben, für welche die Reichsgründung und

¹⁰ Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, 3. Aufl. 1929, S. 25f. – S. dazu auch Hans Rothfels, *Friedrich Meineckes wissenschaftliches Lebenswerk*, Berlin 1955.

¹¹ Walther Hofer, *Geschichtsschreibung und Weltanschauung, Betrachtungen zum Werk Friedrich Meineckes*, München 1950. – Hofer betont zwar in seiner Einleitung den „innerlich notwendigen Zusammenhang zwischen Lebensschicksal und wissenschaftlichem Denken und Schaffen“ (S. 23). Den damit angedeuteten Prozeß der Wechselwirkungen verfolgt er jedoch nicht weiter, da seine Absicht auf eine systematische Darstellung der theoretischen Voraussetzungen von Meineckes Geschichtsschreibung zielt. Dasselbe Verfahren ist kennzeichnend für Hofers Aufsatz über Meinecke als politischen Denker (in der Aufsatzsammlung *Geschichte zwischen Philosophie und Politik*, Basel 1956). Auch hierin ist zunächst eine Darstellung der wichtigsten politischen Begriffe Meineckes beabsichtigt, als deren Voraussetzung die Parallelität von politischer und philosophischer Entwicklung zwar kurz skizziert wird, ohne aber die gegenseitige Bedingtheit von historischem und politischem Urteil näher zu erläutern oder in ihrer Problematik nach beiden Seiten hin zu sehen.

¹² Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, 5. Auflage, 1919, S. 328.

der Aufstieg des deutschen Nationalstaats zur Weltmacht beglückende Erfahrungen waren, in denen sich wie selbstverständlich die Wahrung der Lebensinteressen der eigenen Nation dem allgemeinen Sittengesetz einfügte. Auch Meinecke war, wie er im Rückblick schrieb, „Bismarckisch deutsch mit stark preußischen Vorzeichen gesinnt“. Ein vegetatives, unbeschwertes Nationalgefühl bestimmte seine politischen Ansichten. Die Erben teilten nicht mehr die Skepsis des alten Reichskanzlers, der noch zutiefst von der inneren Problematik der nationalen Bewegung überzeugt gewesen war.

In diese optimistische Weltsicht brach nun jene elementare Sorge um die nationalstaatliche Substanz. Der Politiker konfrontierte den Historiker mit Problemen, die im Glücksgefühl über die nationale Befreiung zunächst gar keinen Raum besaßen. Vertrug sich denn, so lautete diese Problematik allgemein, der Anspruch, ein Weltvolk zu sein, mit der herkömmlichen sozialen und politischen Struktur des preußischen Obrigkeitsstaates? In Meineckes Augen tat er es nicht; und die große entscheidungsvolle Frage mußte sich erheben, ob es eine evolutionäre Entwicklung des historisch gewordenen Staates geben könne, wie sie das nationale Prinzip offenbar forderte. Auf alle Fälle löste sich nun das Meineckesche Nationalgefühl aus dem Vegetativen und verlor seine Instinktsicherheit. Naturhaftes, Elementares bedurfte der rationalen Steuerung, der versittlichenden Kräfte, wenn das Gesetz, nach dem der deutsche Nationalstaat angetreten war und das ihm nun gebot, in die Welt auszugreifen, erfüllt werden sollte. Was Meinecke an sich selbst vollzog, indem er gegen seine Natur Politiker wurde, galt ihm auch als allgemeine politische Maxime.

Bis 1917 hat Meinecke geglaubt, daß der deutsche Nationalstaat dieser politischen Anpassung fähig sei. Der nationale Aufschwung vom August 1914 war ihm dafür nur eine Bestätigung. Er selbst hat unablässig im Sinne der inneren Reform gewirkt. Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und eine sozial breitere Schicht als Reservoir für die staatlichen Führungskräfte waren die Forderungen. Bezeichnend für die staats- und machtpolitische Sehweise Meineckes ist, daß er die Parlamentarisierung der Reichsregierung selbst für unerwünscht hielt. In der „Parteiregierung“ sah er eine „westeuropäische Doktrin“, die sich mit den Erfordernissen einer festen Staatsführung nicht würde vereinbaren lassen. Meinecke zielte mit seinen Reformplänen auf eine spezifisch „deutsche Demokratie“, deren Grundriß unschwer erkennen läßt, daß ihre innere Ausgestaltung eine Funktion der äußeren Lage bleiben sollte¹³.

Aus der Mitte 1915 beginnenden innerdeutschen Auseinandersetzung um die Kriegsziele erwachsen nun freilich für den Reformen und Evolutionär Meinecke Erfahrungen, die seine Hoffnungen auf Erfolg verdüsterten. Er selbst, der spätere Mitgründer des Volksbundes für Frieden und Vaterland, in dem die Weimarer Koalition vorgeformt war, sah schon bald nur noch die Möglichkeit eines Hubertusbürger Friedens. Im Annexionismus des Alldeutschtums mußte Meinecke aber

¹³ Für die von Meinecke der Reform gesetzten Grenzen, die später als dauernde Vorbehalte gegenüber der Weimarer Demokratie wieder aufgenommen werden, s. Politische Schriften, S. 174 ff. u. S. 181 ff.

inne werden, wie sich ein maßlos werdender Nationalismus mit einem robusten Klasseninteresse der besitzenden Schichten verband, und wie offenbar keineswegs die Versittlichung dieses doppelt motivierten Egoismus gelingen wollte. Die Ahnung verstärkte sich, daß Kriegsverlust und soziale Revolution zusammenfallen könnten.

Solche Entwicklungen im politischen Urteil Meineckes verknüpften sich beziehungsweise mit zwei bedeutsamen persönlichen Begegnungen. Er lernte den deutschen Gesandten im Haag und späteren Staatssekretär des Auswärtigen Kühlmann und den Reichskanzler Bethmann Hollweg kennen und kam in der Folge mit beiden in engeren persönlichen Kontakt. Meinecke erfuhr dabei, daß beide über die Notwendigkeit von Reformen so dachten wie er selbst, und daß sie doch nicht das Steuer in diese Richtung zu wenden vermochten. Schmerzlich hat Meinecke das am Nachgeben Bethmann Hollwegs in der Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges bemerkt, das, wie er wohl wußte, beim Reichskanzler gegen besseres Wissen geschah. Auch in der Frage der inneren Reform war Bethmann in Meineckes Erinnerung wie gelähmt. Von einer Unterredung mit ihm am 26. Juni 1917 schrieb er im Rückblick¹⁴: „Als ich von ihm schied, trat mir das Bild des älteren Radowitz vor Augen, dessen Schicksal ich einst darzustellen hatte. Auch dieser hatte, wie jetzt Bethmann, völlige Einsicht in das, was eigentlich geschehen mußte, und fühlte sich doch durch Gewissensbedenken tragisch gehemmt und nicht stark genug, den Entscheidungskampf für seine Sache aufzunehmen.“ Und noch betroffener notierte er am 1. Mai 1918 in sein Tagebuch¹⁵: „Wie Kühlmann in Brest zwischen den beiden Mühlsteinen des Militarismus und Bolschewismus zerrieben wurde, – so wir überhaupt. Die rohe Kraft des Militarismus ist jetzt nötig, um uns durchzuschlagen, – gewiß – aber das Geistige in uns wird dabei zerrieben. Ich denke immer an das Goethewort über Hamlet: Diese Zeit pflanzt uns einen Eichbaum in ein Gefäß, das nur Blumen tragen sollte. Wenigstens mir geht es so. Über Troeltschs innerliche Zerwühlung und pessimistische Gedanken urteilte ich früher sehr scharf und fand ihn oft etwas haltlos, – aber jetzt will der Halt in mir selbst nicht mehr halten. Auch die geschichtliche Arbeit macht mir keine Freude mehr. Alles konkret Geschichtliche ist mir gleichgültig, widert mich zuweilen beinahe an. Das frohe Gefühl, das ich früher hatte, auf einem schmalen, aber gangbaren und sicheren Grate zu wandeln und alle Machtkämpfe, alles Geistige, das rechts und links auseinanderzufallen scheint, in der Tiefe doch einheitlich und mächtig zu wissen, – dies Gefühl wankt bei mir jetzt.“

Das hier wie oft bei Meinecke auftauchende Bild der Gratwanderung kennzeichnet den Weg, den der Politiker Meinecke seit 1910 gegangen war. Man hat in den schmerzlichen Erfahrungen der Jahre 1917/18 mit Recht auch den Ansatz jener philosophischen Wendung gesehen, den Hofer als Übergang vom objektiven zum dualistischen Idealismus bezeichnet hat¹⁶. Idee und Wirklichkeit, Geist und Natur,

¹⁴ Meinecke, Straßburg, S. 227.

¹⁵ Meinecke, Straßburg, S. 244f.

¹⁶ Hofer, Geschichtsschreibung, S. 25f. spricht sogar von einer „Bruchstelle“ in Meineckes Denken und Schaffen, ohne sie allerdings, da nicht in Hofers primärem Interesse liegend, in

Sollen und Sein traten auseinander. Rankes Überzeugung, in der die Macht als ein geistiges Wesen erschien, konnte jetzt nicht mehr geteilt werden. Der Staat war nicht mehr die Synthese von Geist und Macht. Er wird jetzt für Meinecke zum „Amphibium“, und die Macht enthüllte sich als „urmenschlicher, ja vielleicht animalischer Trieb“¹⁷. Der Grundgedanke der Idee der Staatsräson war geboren. Dem Leiden am Politischen verdankte der Historiker seine tiefsten Einsichten. Gerade im Scheitern aller politischen Hoffnungen erwuchs der große fruchtbare Gedanke für das neue Werk.

Das ist der tragische Hintergrund, auf dem nun Meineckes Verhältnis zum Weimarer Staat genauer zu bestimmen sein wird. Dabei wird eine dritte Komponente unseres Themas sichtbar werden. Die Probleme, die Meineckes Stellung zum Weimarer Staat aufgibt, vermögen gleichsam als heuristische Prinzipien in allgemeinere Fragen der geschichtlichen Beurteilung des Weimarer Staatswesens hineinzuführen¹⁸. Niemand hat besser als Ernst Troeltsch, der Analytiker der geistigen Situation des Historismus, das besondere Lebensgesetz des Weimarer Staates gesehen. Seine „Spektatorbriefe“ wiederholen unablässig die eine These: Die Republik besitzt die Norm ihrer Existenz im kategorischen Imperativ des sozialen Ausgleichs¹⁹. Er hat den Kompromiß gestaltet, der die Weimarer Verfassung prägte. Und mochte auch Carl Schmitt die dilatorischen Formelkompromisse, die sie enthielt, scharf verurteilen, es schien zunächst doch, daß das Verfassungsrecht sich erfüllen werde mit dem Strom neuen geschichtlichen Lebens, den die Novemberrevolution freigesetzt hatte. Wie Troeltsch hat Friedrich Meinecke um das Lebensgesetz des Weimarer Staates gewußt: 1925 hat er es einmal unmißverständlich beim Namen genannt. „Die Republik ist das große Ventil für den Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, sie ist die Staatsform des sozialen Friedens zwischen ihnen“²⁰.

Was Troeltsch und Meinecke hier sahen – in gleicher Front stehend, wie schon das frühere Zitat erkennen läßt –, das war die jetzt gestellte elementare Forderung nach einer undogmatischen Staatsgesinnung, hinter der die ideologischen Leitbilder

ihren politischen Voraussetzungen zu spezifizieren. Der Hinweis auf den „Weltkrieg und seinen für Deutschland tragischen Ausgang“ erklärt die Verknüpfung des politischen Erlebnisses mit den neuen Denkkategorien nicht ausreichend. Bezüglich der Bruchstelle modifizierend und die gleichwohl bestehende Kontinuität hervorhebend: Rothfels, Meinecke.

¹⁷ Meinecke, Staatsräson, S. 20.

¹⁸ Hofer (Geschichte, S. 71) beschreibt die auch von ihm beobachtete besondere Beziehung Meineckes zum Weimarer Staat nicht ausreichend, wenn er feststellt: „Einer Verwirklichung seiner maßvollen und vernünftigen, aus tiefer Geschichtskennntnis geborenen Ansichten und Einsichten war der politisch zerrissene und weltanschaulich aufgewühlte Boden der ersten deutschen Republik nicht günstig.“ Es sind, wie noch zu zeigen sein wird, analoge Gründe gewesen, die sowohl die Labilität des Weimarer Staates wie die Problematik von Meineckes politischem Urteil verursacht haben.

¹⁹ S. dazu auch Eric C. Kollman, Eine Diagnose der Weimarer Republik. Ernst Troeltschs politische Anschauungen. In: Hist. Ztschr., Bd. 182 (1956), S. 306.

²⁰ Meinecke, Politische Schriften, S. 376.

der Parteien zurücktreten mußten, auf der Linken wie auf der Rechten, wenn dieser Staat eine Chance haben sollte. Was Meinecke schon seit 1910 immer wieder gefordert hatte, umschloß auch das Gebot der Weimarer Staatsräson: Parteimeinungen, Parteistrebungen und gesellschaftspolitische Wünsche, die sich hinter der Diskussion um die Staatsform verbargen, mußten sich disziplinieren, nicht nur, so wird man Meinecke richtig interpretieren, um eine Resultante sozialer Kräfte zu finden, den bloß formalen Ausgleich, sondern weil die Bezogenheit auf ein Drittes, das Ranke das Real-Geistige des Vaterlandes genannt hatte, als sittliche Kraft auch hier das Naturhafte überwinden müsse. Wieder stoßen wir auf die Grundform von Meineckes politischem Denken. Sie klingt an in der oft ausgesprochenen Wendung, er sei vom Herzensmonarchisten zum Vernunftrepublikaner geworden. „Eine eiserne politische Notwendigkeit“, so rief er auf der Weimarer Tagung deutscher Hochschullehrer 1926 seinen Kollegen zu²¹, „nicht Ideologie und Doktrinarismus führte uns zur Staatsform der demokratischen Republik.“ Die Forderung nach Koordinierung gesellschaftlicher Gegensätze in einem historisch gesättigten Staatsbewußtsein ist die Deutung, die man der Meineckeschen Mahnung zur Volksgemeinschaft geben muß.

Aus solcher Schau der Formprinzipien des neuen Staates lassen sich nun auch leicht die politischen Forderungen ableiten, wie sie etwa Meineckes großer Essay „Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik“ enthielt²². Der Kerngedanke ist deutlich ausgesprochen: „Die Republik ist heute diejenige Staatsform, die uns am wenigsten trennt.“ Aber dieser Einsicht fügt sich nun rasch eine zweite hinzu, die den Charakter des Neuanfangs zu beschränken sucht: „Ich würde es für ein unschätzbare Glück gehalten haben, wenn es uns gelungen wäre, was den Engländern bisher gelungen ist, den geschichtlichen Zusammenhang, die Kontinuität der Verfassungs- und Rechtsentwicklung zu erhalten, inmitten radikalster Wandlung ihrer Grundlagen. Es atmet sich zu dünn, zu leicht, man friert in einem politischen Dasein, das ganz von Vergangenheitswerten gereinigt ist.“ In einem gewissen Grade mochte der so hinzutretende Kontinuitätsgedanke, möglichst viel aus dem alten Staat herüberzunehmen, sich einfügen in das, was als Lebensgesetz des Ausgleichs erkannt worden war. Diese Kontinuität würde es vielleicht ermöglichen, eine Irredenta der gestürzten Klassen zu vermeiden und sie zu versöhnen. So fand in Meineckes Urteil die Ausgleichsforderung ihre natürliche Ergänzung im Kontinuitätsgedanken. Er sollte den Bruch mit der alten Ordnung für deren Träger überbrückbar machen. Meinecke hat in Reden und Aufsätzen immer wieder für diesen Brückenschlag zum alten Staat hin geworben, zunehmend sogar mit der weiteren Entwicklung unter der Republik.

Aber zielten die Vergangenheitswerte, von denen Meinecke so sehnüchtig gesprochen hatte, nicht im Grunde auf einen anderen Staat als den, der als Ventil für den Klassenkampf geschaffen worden war? Bestand nicht die Gefahr, daß durch allzu

²¹ Ebd., S. 407.

²² Abgedruckt: ebd., S. 280 ff.

starke Betonung der Kontinuität das Besondere, das Individuelle des neuen Staates verloren? Im Kontinuitätsgedanken, wenn er auf den Weimarer Staat angewandt wurde, lag eine innere Problematik. Gesellschaftspolitischer Neuansatz und staatliche Kontinuität bedingten sich wechselseitig. War das eine vorherrschend, mußte das andere notwendig zurücktreten. Das Lebensgesetz des neuen Staates forderte nicht nur beides, sondern auch das Gleichgewicht zwischen beiden, das nur möglich war, wenn beide, in der Qualität verschiedene Tendenzen quantitativ die gleiche politische Kraft besaßen.

Es ist nicht zu verkennen, daß Meinecke das Problematische, das nach alledem in der Forderung nach Kontinuität stecken mußte, nicht so deutlich gesehen hat wie ihre Notwendigkeit. So entfernte er sich desto mehr vom Neuansatz von 1918/19, je intensiver seine Bemühungen um Verständlichmachung der 1918 überwölbenden Kontinuität der deutschen Staatspersönlichkeit wurden. Die Frage drängte sich dabei auf, ob die Ursache dafür nicht darin zu suchen sei, daß die das historische Denken Meineckes bestimmenden Kategorien auch seine politischen Urteile bestimmt haben. Diese Frage wird später noch einmal aufzunehmen sein.

Indem Meinecke die Bruchstellen zu heilen strebte, verlor seine Forderung nach dem sozialen Ausgleich allmählich jene Dringlichkeit, mit der er sie 1918/19 erhoben hatte. Er läßt damit in seiner Person symptomatisch den Prozeß erkennen, in dem sich das Schicksal der Partei erfüllte, der Meinecke als Mitgründer und treues Mitglied bis zu ihrem Ende angehört hat, der DDP. Ist sie doch allmählich zerrieben worden zwischen der Sozialdemokratie, die bestrebt war, die mit der Novemberrevolution ermöglichten Ansätze eines Neubaus von Staat und Gesellschaft nicht verwischen zu lassen, und der restaurativen Tendenz des deutschen Bürgertums. Arthur Rosenberg hat in seiner bekannten These das Scheitern der Republik darauf zurückgeführt, daß die Revolution von 1918 eben keine Revolution gewesen sei. Der neue Staat wäre nach seiner Meinung nur zu sichern gewesen, wenn vollständig mit den politischen Wertmaßstäben des Kaiserreichs gebrochen worden wäre, um Staat und Gesellschaft wirklich von Grund aus umzugestalten. Die Stärke des Gedankens einer Kontinuität von Kaiserreich und Republik mußte in einer solchen Perspektive als der Felsblock erscheinen, der den sozialrevolutionären Weg versperrte.

Es ist sehr die Frage, ob die – verglichen mit Rosenbergs These – geschichtlich zwingendere Alternative, das sozialistisch-konservative Zweckbündnis einer parlamentarischen Republik, scheitern mußte. Aber in der Wandlung, die auch in Meineckes politischem Urteil zu beobachten war, in der Überlagerung des Revolutionären, des Neuen, durch das Traditionelle, tritt ein Element hervor, das mitentscheidend für dieses Scheitern geworden ist. Es spricht ferner einiges dafür, daß das für die Weimarer Zeit so charakteristische Mißverständnis der Demokratie als eines formalen Prinzips seine Wurzeln in jener Zwiespältigkeit der Kontinuität besaß. Zwischen der Kontinuität als Voraussetzung der Volksgemeinschaft und der Kontinuität als gegenrevolutionärer Kraft konnte in der Tat das Lebensgesetz des Ausgleichs der Klassen in einen reinen Formalismus entarten.

Das Dilemma, in das die Stärke der Forderung nach Kontinuität Meineckes politisches Denken bringen mußte, sei noch in einem anderen Bereich aufgezeigt. Dazu ist zurückzugreifen auf den politischen Ansatz von 1910. Was war aus der Absicht geworden, die machtpolitische Substanz des deutschen Nationalstaats durch eine wirkliche Volksgemeinschaft zu verstärken? Welchem letzten Ziel, so fragt man, sollte sie nach dem verlorenen Kriege dienen, wo offenbar eine deutsche Weltpolitik nicht mehr zur Diskussion stand? Gewiß, Volksgemeinschaft bedeutete im Moment der größten Not des Vaterlandes ganz schlicht staatliche Existenzsicherung überhaupt. Aber lag dahinter nicht bewußt oder unbewußt auch für Meinecke der Gedanke, daß sich als Folge nationaler Solidarität der Ausgangspunkt für einen neuen Anlauf, ein Weltvolk zu werden, gewinnen ließe? Er schrieb allerdings in Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik: „Aber über die Reformen ist die Revolution hinweggeschritten, und von deutscher Machtpolitik kann im heraufsteigenden Zeitalter der angelsächsischen Weltherrschaft, die nur durch den Völkerbund etwas gemildert zu werden vermag, keine Rede mehr sein. Deutschland wird jetzt, was nationale Selbstbehauptung betrifft, in der Welt sein, was die Schweiz bisher in Europa war. Das ist bitter, aber unbestreitbar²³.“ Der hier anklingende Gedanke Meineckes, daß es eine deutsche Machtpolitik alten Stils in Zukunft nicht mehr geben könne, steht auch keineswegs isoliert. Es sei auf eine Tagebuchaufzeichnung vom 7. Oktober 1918 hingewiesen, die in die gleiche Richtung weist²⁴: „Wir werden doch alle fortan mit gebrochenem Herzen leben. Die Aussicht auf Wiedererhebung Deutschlands muß, bei modernen Verhältnissen, viel länger vertagt werden als vor einem Jahrhundert. Wann werden wir physisch und ökonomisch auch nur wieder so stark werden, um das Joch abzuschütteln? Alle Behelfe des Völkerbunddaseins, mit denen Leute wie Dernburg sich trösten, sind ja doch für den historisch-realistisch Urteilenden vorläufig nur taktische Notbehelfe! Oder ist es doch zu Ende mit der Aera der Großen Mächte? Wird wirklich durch demokratisch-pazifistische Umwandlung der Mentalitäten und Einrichtungen die Machtpolitik und der Nationalegoismus überflüssig? Ich fürchte, nur dadurch, daß wir eben faktisch unter eine Weltherrschaft, unter eine pax americana kommen. Auch Hintze erklärt jetzt, rebus sic stantibus müsse Deutschland sich auf die demokratisch-pazifistische Seite fortan legen. Aber man kann doch seine Ideen nicht wechseln wie Röcke, und ein Auge, das bisher natürlich zu sehen glaubte, mit einem Mal farbenblind machen . . .“

Man könnte geneigt sein, in der Interpretation dieser Äußerung die inneren Vorbehalte, die Meinecke einer neuen außenpolitischen Situation des Reiches gegenüber hier geltend machte, damit zu erklären, daß die Tiefe des nationalen Absturzes ihm am 7. Oktober 1918 noch nicht voll gegenwärtig war, daß er in den vom Prinzen von Baden eingeleiteten Reformen noch eine Chance sah, die Revolution zu vermeiden. Sie erst ließ für einen Augenblick Meineckes Zweifel verstummen, ob wirklich das Ende der deutschen Großmachtstellung gekommen

²³ Ebd., S. 284.

²⁴ Meinecke, Straßburg, S. 268 f.

sei, wie das frühere Zitat bezeugt. Aber schon wenige Jahre später, im Schlußkapitel der 1924 erstmalig erschienenen *Idee der Staatsräson*, traten die Zweifel an der Endgültigkeit einer neuen Situation wieder mächtig hervor: „Ob jemals der echte Völkerbund Wirklichkeit werden wird, kann man, wenn man die Bilanz von Naturgewalten und Vernunftgewalten im geschichtlichen Leben zieht, bezweifeln²⁵.“ Neues und Altes standen auch in Meineckes außenpolitischen Zielvorstellungen nebeneinander. Aber hier wie in der Forderung nach Kontinuität trat das gewohnte Bild der „Großen Mächte“ wieder stärker hervor²⁶, ohne daß freilich die am Kriegsende gemachte Erfahrung einer von Grund auf veränderten weltpolitischen Konstellation völlig verblaßt wäre. Meinecke schien sich auch in der Außenpolitik einen Weg zu suchen zwischen revisionistischer Großmachtpolitik und radikalem Abbruch seither gültiger Traditionen. Auch darin offenbart sich etwas von der allgemeinen Problematik des Weimarer Staatswesens, wie sie der erbitterte innerpolitische Streit um die Methoden des deutschen Revisionismus erkennen läßt. Er vor allem hat der sogenannten Mittelphase, den Jahren zwischen 1924 und 1929, in denen sich die Republik zu konsolidieren schien, das Gepräge gegeben.

Daß man es deshalb für diese Jahre in Wahrheit mit einer Periode der Zwielligkeit zu tun hat, ist uns unlängst aufs deutlichste gezeigt worden. Gemeint ist der Versuch, aus dem Stresemann-Nachlaß zu erweisen, daß aus dem Saulus kein Paulus geworden sei, daß es kein Damaskus in der Stresemannschen Politik gegeben habe und somit die These vom guten Europäer eine Legende sei²⁷. War die Locarnopolitik mehr als ein taktisches Rezept, um die alte nationalistische Strategie durchzuhalten? Das damit gestellte Stresemann-Problem ist hier nicht weiter zu erörtern. So gewiß es ist, daß die Deutung Stresemanns als eines bloßen Machiavellisten der Komplexität einer spannungsreichen, den politischen Gegensätzen seiner Zeit verhafteten Persönlichkeit nicht gerecht wird, so offenbar ist doch auch, daß sich bei der historischen Beurteilung der Stresemannschen Außenpolitik die gleiche allgemeine Frage nach dem Verhältnis von Taktik und Strategie stellt, wie sie sich für Meineckes außenpolitische Vorstellungen und seine vollzogene oder nicht vollzogene Revision des Machtstaatsgedankens aufdrängte. Karl Dietrich Erdmann hat in seinem Artikel über die Ost-West-Orientierung in der Locarnopolitik Stresemanns in einer gespaltenen Staatsräson die Ursache für jene allgemeine Zwielligkeit der außenpolitischen Leitbilder in der Weimarer Republik gesehen²⁸. Der Charakter der inneren Verhältnisse legte im Weimarer Staat eine Option für den Westen nahe, eine solidarische Haltung der freiheitlichen

²⁵ *Staatsräson*, 3. Auflage 1929, S. 539.

²⁶ Vgl. dazu besonders: *Politische Schriften*, S. 315, S. 325.

²⁷ Vgl. Anneliese Thimme, *Gustav Stresemann, Legende und Wirklichkeit*. In: *Hist. Ztschr.* Bd. 181, S. 287 ff. Mit gleicher Tendenz, ohne allerdings zu so einseitigen Werturteilen wie Anneliese Thimme zu gelangen, die Arbeiten von Hans W. Gatzke, insbes. in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 1 ff.

²⁸ In: *Geschichte, Wissenschaft und Unterricht* 6 (1955), S. 133 ff.

Demokratien gegen die sich abzeichnende totalitäre Gefahr. Aus der außenpolitischen Staatsräson aber, die auf Revision von Versailles zielte, folgte die Rapallopolitik, das Vermeiden jeglicher Option. Als sicher wird man nach dem jetzigen Stand unseres Wissens für Stresemanns Politik wie für Meineckes politisches Urteil nur annehmen können, daß nach 1918 eine machtpolitische Motivierung für die Forderung nach Volksgemeinschaft nicht allein entscheidend gewesen sein dürfte. Das wilhelminische Leitbild deutscher Außenpolitik war gewiß nicht verschwunden. Aber es beherrschte keineswegs mehr ausschließlich die deutsche Szene, auf der sich ein Revisionismus, der unbedingt zur Ära der „Großen Mächte“ zurückwollte, in Zwiespalt befand mit der Notwendigkeit, in einem sich abzeichnenden gesellschaftlichen und politischen Dualismus Stellung zu beziehen.

Die politischen Äußerungen Meineckes über die Weimarer Republik weisen insgesamt eine einheitliche Struktur auf. Der Neuanfang von 1918/19 wird ernst genommen und positiv gewertet, ganz im Gegensatz zur Haltung der meisten deutschen Historiker. Andererseits verhinderte die starke Betonung des Gesichtspunkts der Kontinuität von Kaiserreich und Republik das Weiterdenken des Ansatzes. Vor allem hat Meinecke immer nur gefordert: so viel Altes wie möglich, ohne genauer die andere Seite zu prüfen: so viel Neues wie nötig. Auch das berührt sich wieder mit einem Strukturmerkmal der Republik, die in Deutschland eine Demokratie liberaler Prägung aufzurichten unternahm, als die Weltstunde des Liberalismus schon vorüber war und die industrielle Gesellschaft auch nach neuen Formen politischen Lebens verlangte. Das konnte leicht dazu führen, und läßt sich für die Weimarer Zeit auch mannigfach beobachten, daß das politische Denken zurückblieb hinter den tatsächlichen Verhältnissen. Für Meinecke insbesondere mag angemerkt werden, daß der Gesichtspunkt der Polarität von Staat und Persönlichkeit, in der er alles politische Leben geschehen sah²⁹, doch nur noch in sehr eingeschränktem Maße die eigene politische Umwelt erfaßte. Meinecke hat im elementaren Egoismus gesellschaftlicher Gruppen, die sich zwischen den Einzelnen und den Staat schoben und beide mediatisierten, nur wild wucherndes Unkraut gesehen und nicht die diesem Prozeß innewohnende soziologische Notwendigkeit anerkennen wollen. Auch von daher wird man recht nachdrücklich an die Grenzen des Kontinuitätsdenkens erinnert, das zu selbstverständlich im 20. Jahrhundert die geradlinige Fortsetzung des liberalen 19. erblickte.

Es gab freilich auch politische Gegenwartsaufgaben, die aus dem Bewußtsein des Kontinuierlichen der geschichtlichen Entwicklung heraus klarsichtiger erkannt werden konnten. Dazu zählte vor allem die Notwendigkeit der Schaffung einer starken Staatsautorität, die Meinecke am liebsten als „Vertrauensdiktatur“³⁰ aus-

²⁹ S. das im Herbst 1932 geschriebene Vorwort zu der unter dem Titel „Staat und Persönlichkeit“ 1933 erschienenen Aufsatzsammlung.

³⁰ Meinecke bezeichnete schon 1912 die „temporäre Vertrauensdiktatur“ als die „spezifisch moderne Verwaltungs- und Regierungsform“ (Politische Schriften, S. 51). Ähnlich auch 1925: „Es geht ein Bedürfnis nach starker Vertrauensdiktatur durch das ganze moderne Staatsleben.“ (Ebd., S. 379 und an vielen anderen Stellen.)

gestaltet sehen wollte. Demokratie und starke Staatsführung schlossen sich, wie er immer wieder versicherte, nicht aus, sondern bedingten einander. Die Räson des neuen Staates, so schrieb Meinecke Anfang 1919, verlange gebieterisch beide³¹. Als die parlamentarische Demokratie Weimarer Prägung im Auseinanderbrechen der Großen Koalition im März 1930 zu Ende ging, ist nicht nur im Verzicht auf das unbedingte Gebot des Ausgleichs von Drittem und Viertem Stand das Gesetz verlassen worden, dem der Weimarer Staat seine Entstehung verdankte. Die dauernden Führungskrisen der Großen Koalition waren nichts anderes als die Endglieder einer Kette, die Meinecke, wie viele andere, als Misere des deutschen Parlamentarismus bezeichnete, als Unfähigkeit, die gesellschaftliche Mitgestaltung am Staat zu verbinden mit fester staatlicher Führung³². Auch darin vermochte man das Gesetz des Anfangs nicht durchzuhalten: so wie die Klassen sich wieder voneinander entfernten, wurde auch der Weimarer Staat im Laufe der Jahre nicht stärker, sondern schwächer.

1919 hat Meinecke gleichzeitig mit Max Weber und Friedrich Naumann, aber durch selbständiges Durchdenken dahin geführt, den peblisitären Reichspräsidenten als Korrektiv gegen die Parteiherrschaft gefordert³³. In ihm sollte die doppelte Aufgabe des sozialen Ausgleichs und der starken Staatsgewalt gelöst werden. Auch in dieser Konstruktion lag ein erhebliches Maß an Kontinuität. Und wieder zeigt sich hier, daß diese die Originalität des Ansatzes allmählich zurückdrängte. Im Neujahrsartikel am 1. Januar 1930 in der Kölnischen Zeitung³⁴ standen beide Seiten anscheinend noch gleichberechtigt nebeneinander: „Denn der Staat ist das Herz des nationalen Körpers, das enorm gesund sein muß, wenn alles übrige Leben in ihm gedeihen soll. Was ihm heute bei uns fehlt, das ist die starke und selbständige Regierungsgewalt. Sie muß befreit werden von den Verstrickungen der Parteiinteressen. Die Demokratie, ohne die ein friedliches Zusammenwirken aller Volksschichten heute nicht mehr denkbar ist, muß lernen, sich selbst zu beschränken. Davon wird ihr Schicksal abhängen. Möge sie die Kraft finden, den Egoismus der Parteien zurückzudrängen, und dem Reichspräsidenten, dem Vertrauensmann der Nation, die Ausübung der Rechte erleichtern, die ihm die Verfassung jetzt schon gibt und deren Erweiterung zu wünschen wäre.“ Aber in der doppelten und gleichzeitig zu erfüllenden Forderung nach Demokratie und starker Staatsgewalt war die Warnung vor der Verstrickung in Parteiinteressen das stärkere Element. Die Gesichtspunkte, die Meinecke vor und während des ersten Weltkrieges den vollen Parlamentarismus ablehnen ließen, machten sich gegen Ende der zwanziger Jahre wieder mit voller Kraft geltend. Schon früher hatte er bezweifelt, ob ein „Parteiregiment“ überhaupt fähig sei, den „Leidenschaften der Straße“ und

³¹ Politische Schriften, S. 307.

³² Dazu neuerdings die Dokumentation „Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik“, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 85 ff.

³³ Politische Schriften, S. 291 ff.

³⁴ Ebd., S. 454.

den „Interessen“ zu widerstehen³⁵. Schon immer waren ihm Parteien nur als „Staatsparteien“ willkommen gewesen³⁶, berechtigt und notwendig nur insofern sie mithelfen, den Staatsnotwendigkeiten zu genügen. Das im Wesen der modernen Partei als politischer Organisationsform gesellschaftlicher Kräfte liegende elementare Bedürfnis, nicht nur vom Staat bestimmt zu sein, sondern ihn auch mitzugestalten, mußte der traditionellen Staatsräson, wie sie der Historiker Meinecke zu verstehen gelernt hatte, weichen. Die Einsicht von 1918/19, daß die Staatsräson unter den Bedingungen der modernen Welt gerade darin ihren Auftrag habe, die gesellschaftlichen Gegensätze zu koordinieren, trat wieder zurück. Unter dem Eindruck des versagenden Parteienstaats löste sich Meinecke auch von jenem Teil des Weimarer Kompromisses, der Staat und Gesellschaft, Autorität und Freiheit zusammenzufügen versucht hatte³⁷.

So galt, wie sich erweisen sollte, in der Stunde neuer Not der „Ersatzkaiser“ mehr als die Demokratie. Meinecke hat Brünings Versuch auf das intensivste mitgetragen, durch die Sanierung der Staatsfinanzen und ein bürokratisches Notverordnungsregime den Staat als Widerpart einer in ihre sozialen Gegensätze auseinanderfallenden Gesellschaft zu kräftigen. „Der Regierung Brüning ist die historische Aufgabe geworden, das, was man neuerdings die konstitutionelle Demokratie nennt, zu verwirklichen. Weil durch das Anwachsen des Rechts- und Linksradikalismus und die Zermürbung der Mittelparteien das rein parlamentarische System bei uns erschüttert ist, gleitet der Schwerpunkt des staatlichen Lebens zwangsläufig auf die Regierung hinüber. Wir nennen diesen heute zunächst nur durch tatsächlichen Verfassungswandel, noch nicht durch Verfassungsänderung sich anbahnenden Primat der Regierung gegenüber dem Parlament konstitutionelle Demokratie, weil das demokratische Prinzip in ihm gesichert ist und auch immer bleiben muß durch den Willen des volksgewählten Reichspräsidenten³⁸.“

Aber das konnte doch weder Meinecke noch Brüning verborgen bleiben, daß die Person Hindenburgs allein Staat und Gesellschaft nicht ineinanderbinden konnte. In Wahrheit hatte diese der erstrebte „Staat über den Parteien“ bereits wieder geschieden, und hatte so auch einer neuerlichen sozialen Zerklüftung, wie einer durch die Wirtschaftskrise verstärkten Radikalisierung gesellschaftlicher Kräfte Vorschub geleistet. Meinecke hat zwar auch nach 1930 immer wieder die unbefangene Kampfsgemeinschaft mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft als Lebensprinzip der Weimarer Republik hervorgehoben. Aber der bürgerliche Partner fehlte doch jetzt. Die Staatspartei war weder quantitativ noch qualitativ die alte

³⁵ Ebd., S. 173.

³⁶ Vgl. z. B. ebd., S. 59, S. 379 und an vielen anderen Stellen.

³⁷ Diese Rückwärtswendung in Meineckes Verhältnis zu Demokratie und Parlamentarismus wird, wie seine Teilhabe am äußeren und inneren Revisionismus überhaupt, bei Hofer und Kotowski übersehen. Zu den grundsätzlichen Fragen einer Staatsräson in der industriellen Welt vgl. demnächst meine Schlußbemerkungen in „Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933“. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.

³⁸ Meinecke, Politische Schriften, S. 442.

DDP. Ihr Programm der Staatsnotwendigkeiten, mit dem sie Brüning unterstützte, kam vor dem sozialen Ausgleich. Er war nicht mehr, wie noch 1918/19, ein konstituierendes Element der Staatsräson. Charakteristisch dafür ist eine Äußerung Meineckes vom August 1930³⁹: „Weil es auch im Lager der Sozialdemokraten an staatspolitisch denkenden Führerköpfen nicht fehlt, müßte die gemeinsame Devise der Regierung wie aller bürgerlichen Staatsparteien sein: so zu regieren, daß man in Lagen wie der heutigen den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht scheut, aber auch die Hand zum Frieden bereit hält, sobald die staatspolitisch notwendigen Dinge durchgesetzt sind.“ Auf dem zeitlichen Nacheinander liegt jetzt der Schwerpunkt. Das zeigt, wie sich seit 1919 die Gewichte verschoben hatten.

Meinecke hat gerade in der Endphase der sich auflösenden Weimarer Republik noch einmal einen starken Anlauf politischer Tätigkeit genommen. Er ist nicht müde geworden, die Personifizierung der Staatsräson in Heinrich Brüning zu beschreiben und zu preisen. Aber indem er, wie Brüning, die Exekution der Staatsnotwendigkeiten ohne den gleichzeitigen Ausgleichs- und Integrationsvorgang forderte, kehrte er im Grunde zur alten Staatsräson zurück, deren Voraussetzung die Trennung von Staat und Gesellschaft gewesen war und die im Staat das höhere sittliche und politische Prinzip erblickt hatte. Daß diese Rückkehr zum Obrigkeitsstaat aus der Sorge sich nährte, mit der die nationalsozialistische Dynamik bürgerliche Menschen erfüllte, ist anzunehmen, auch wenn uns aus dieser Zeit die persönlichen Zeugnisse noch fehlen.

Jedenfalls steht auch in dieser Entwicklung Friedrich Meinecke symptomatisch für jenen Teil der deutschen bürgerlichen Bildungsschicht, die vor, in und nach dem Krieg sehr wohl über den Klassenstandpunkt hinaussah und um die politisch integrierte Gesellschaft als Voraussetzung eines gesunden nationalen Lebens wußte. Das Tragische war, daß man das Richtige sah, ohne die Kraft zu haben, es durchzusetzen, und daß man dann vor dem Ansturm stärkerer Kräfte den Rückzug auf den historischen Staat, nicht auf das demokratische Prinzip von 1918/19 angetreten hat. In Meineckes „Idee der Staatsräson“ lag die weltanschauliche Sanktionierung dieses Vorgangs bereits vorgezeichnet: „Alle Geschichte ist zugleich Tragödie“⁴⁰. Daß darin ein Zug politischer Resignation lag, hat niemand schärfer erspürt als Carl Schmitt in der Kritik, die er 1926 an Meineckes Buch und seinen tragenden Gedanken geübt hat⁴¹: „„Tragisch“ ist keine Kategorie, die, wenn man einmal ein moralisches Gebot ernst nimmt, die letzte Antwort auf einen Konflikt geben könnte. Das Wort ist höchstens ein Ausdruck der inneren Problematik dieses moralischen Gebotes selbst, eine Umschreibung tiefen Bedauerns und der Erschütterung, die aus der historischen Einsicht in die Ohnmacht des Gebotes oder in die Unvermeidlichkeit der Durchbrechung entsteht, aber es kann nicht der überzeugende Schluß eines Werkes sein, in welchem das Problem der Staatsräson von der moralischen

³⁹ Ebd., S. 440.

⁴⁰ Walther Hofer, *Geschichte*, S. 17.

⁴¹ Abgedruckt in: *Positionen und Begriffe*. Hamburg 1940, S. 45 ff.

Seite gestellt wird. Ein solches Wort bedeutet, daß das Buch kein letztes Wort hat.“ Aus dieser Kritik sprach schon die politische Unbedenklichkeit einer neuen Zeit, für die das Bewußtsein eines tragischen, unaufhebbaren Dualismus von Politik und Moral, und damit notwendigerweise der Verzicht auf ein „letztes Wort“ einen Übergang ins Ästhetische darstellte. Vor ihrer Robustheit und ihrem totalitären Anspruch waren Friedrich Meinecke und das deutsche Bürgertum waffenlos. Im Zug zum präsidialen Staat wie im Primat des außenpolitischen Revisionismus erwies die Geschichte sich stärker als die Gegenwart. Im Nationalsozialismus enthüllte diese freilich dann um so furchtbarer ihre Gewalt und riß alle Erbteile und Traditionen der deutschen Geschichte mit in den Strudel.

So sah Meinecke, wie schon 1917/18, noch einmal 1933 das, wofür er politisch gewirkt hatte, scheitern, dieses Mal ohne die Chance eines Neubeginns. Er hat nun bewußt und endgültig sich seinem gelehrten Werk zugewandt und man weiß⁴², was als Frucht dieser Jahre der tiefsten Versenkung Meineckes in die Geschichte erwuchs: das Buch über die Entstehung des Historismus. Auch hier ist wieder das Leiden am Politischen die Ursache großer produktiver Gedanken gewesen.

Doch müssen wir noch einmal die andere Seite unseres Themas aufnehmen und zusammenfassen, was als positive oder belastende Wirkung des Historischen am politischen Urteil und Schicksal Meineckes sichtbar wurde. Es ist ja auffällig, daß die beiden am stärksten durch den Historismus geprägten Persönlichkeiten des deutschen geistigen Lebens vor 1918, Troeltsch und Meinecke, am ausgesprochensten das Lebensgesetz von Weimar erfaßt haben. Der Sinn für Individualitäten und Entelechien war hier etwas, was den Historismus politisch realistisch und wach machte für das, was einen neuen Anfang als solchen konstituierte. Aber der Historismus, der für Meinecke nicht nur ein „Wissenschaftsprinzip“ sondern ein „Lebensprinzip“, eine „neue Schau menschlichen Lebens überhaupt“ bedeutete⁴³, der, um Kategorien von Ernst Troeltsch zu gebrauchen, nicht nur formale Geschichtslogik, sondern materiale Geschichtsphilosophie war, harmonisierte im methodischen und weltanschaulichen Postulat der kontinuierlichen Entwicklung individueller geschichtlicher Kräfte die Brüche, die die Geschichte nun eben unvermeidlicherweise auch kennt. Im Alter hat Meinecke einmal bekannt, Jakob Burckhardt sei ihm jetzt wichtiger als Ranke⁴⁴. Er hat damit wohl sagen wollen, daß ihm Zweifel gekommen seien an der Verbindlichkeit historischer Weltanschauung, weil er selbst in Abgründe geblickt hatte, die sich als natürliche Entfaltung individueller Lebensmächte nicht mehr begreifen ließen.

Das lenkt zum Schluß noch einmal den Blick zurück auf den Zusammenhang,

⁴² Vgl. Hofer, *Geschichtsschreibung*, S. 36.

⁴³ Friedrich Meinecke, *Vom geschichtlichen Sinn und vom Sinn der Geschichte*. 2. Aufl. Leipzig 1939, S. 96.

⁴⁴ Vgl. dazu Hofer, *Geschichte*, S. 80, sowie die Akademieabhandlung. Ranke und Burckhardt, *Deutsche Akademie der Wissenschaften. Vorträge, Schriften, Heft 27*, Berlin 1948. Dazu auch Rothfels, *Meinecke*.

den unser Thema als These enthält. Schon Karl Dietrich Erdmann hat angeregt⁴⁵, darüber nachzudenken, ob es nicht analoge Gründe gewesen seien, die das Staatsbewußtsein der Weimarer Republik mit seinem Postulat der Koordinierung des Gegensätzlichen Fragment bleiben ließen, und die selbstgestellte Forderung von Ernst Troeltsch, Geschichte durch Geschichte zu überwinden, unerfüllbar machten. Im Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik gibt es Wechselwirkungen, aber die Harmonie scheint heute gestört. Müssen die Grundgedanken einer historischen Weltanschauung, Individualität und Kontinuität, in ihrer wissenschaftlichen Fruchtbarkeit nicht versiegen, wenn in einer technischen Welt dem Individuellen das Gleichförmige und dem Kontinuierlichen und Wachstümlichen das von der vorindustriellen Welt radikal Verschiedene entgegentritt? Was bedeutet es für den Historiker, wenn er als politisch Handelnder oder Leidender Geschichte und Gegenwart nicht mehr in eins denken kann, wie es Goethe, Ranke und der junge Meinecke konnten? Welche Bedeutung und welcher Auftrag der Geschichtswissenschaft in einer gewandelten Welt zukommen, ist hier nicht weiter zu erörtern. Aber der Frage kann nicht ausgewichen werden, was die besondere zeitgeschichtliche Gestalt unserer Epoche⁴⁶ an Verlust, aber auch an neuen Aufgaben für den Historiker gebracht hat. Meinecke hat einmal in einem Kriegsartikel von 1914 zustimmend Treitschke zitiert: „Es ist eine höchste Blüte feiner und dennoch kräftiger Bildung möglich, welche mit dem raschen Mute der Tat die überlegene Milde des Historikers verbindet. Es ist möglich, festzustehen und um sich zu schlagen in dem schweren Kampfe der Männer und dennoch das Geschehene wie ein Geschehenes zu betrachten, jede Erscheinung der Zeit in ihrer Notwendigkeit zu begreifen und mit liebevollem Blicke auch unter der wunderlichsten Hülle der Torheit das liebe, traute Menschenangesicht aufzusuchen. Diese zugleich tätige und betrachtende Stimmung des Geistes . . . soll einem geistreichen Volke immer als ein Ideal vor Augen stehen.“ Wir mögen dies Ideal noch so sehr bejahen, aber wir sind nicht mehr so sicher wie Droysen und Treitschke, daß es auch zu verwirklichen ist. Nicht zuletzt Friedrich Meinecke hat es uns gelehrt.

⁴⁵ Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In dieser Zeitschrift 3 (1955) S. 18.

⁴⁶ Zu ihrer Charakterisierung s. Hans Freyer, Die Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955, S. 9 ff.